

Deine Cloud trocknet meinen Fluss aus

04. September 2026

Rechenzentren für die KI-Industrie greifen nach Europas Strom und Wasser. Ein internes Arbeitspapier der EPSU, der Europäischen Dienstleistungsgewerkschaft, kartiert erstmals das Ausmaß der Projekte – und den Widerstand von Galway bis Fife.

Die Notbremse von Kopenhagen

Am 2. März 2026 zog der dänische Staatskonzern Energinet die Notbremse: keine neuen Netzanschlussverträge mehr, für niemanden. Beim Übertragungsnetzbetreiber waren Anschlussanträge über rund 60 Gigawatt aufgelaufen – annähernd das Neunfache der dänischen Spitzenlast von etwa 7 Gigawatt. Ein Land, das seinen Strom zu mehr als vier Fünfteln aus erneuerbaren Quellen bezieht, musste feststellen, dass die Warteschlange vor seinem Netz fast neunmal so viel Leistung begehrte, wie das ganze Land je zeitgleich verbraucht hat. Von einer „Explosion“ der Anträge sprach Energinet; gut 14 Gigawatt der Warteschlange entfielen auf Rechenzentren. Als die Pause Anfang Juni auslief, war das Windhundprinzip abgeschafft: Wer künftig ans Netz will, wird nach Kriterien wie Netzverträglichkeit und gesellschaftlichem Nutzen geprüft. Die Frage, wer den Strom bekommt – Haushalte, Industrie oder Serverfarmen –, ist damit in Europa erstmals offiziell zur Verteilungsfrage erklärt worden.

Wie flächendeckend dieser Konflikt inzwischen ist, zeigt ein internes Arbeitspapier der EPSU, der Europäischen Dienstleistungsgewerkschaft, das die Föderation ausdrücklich als vorläufige, von den Mitgliedsgewerkschaften noch zu verifizierende Bestandsaufnahme kennzeichnet. Es kartiert von Irland bis Zentralasien, was sich sonst nur verstreut in Lokalzeitungen, Planungsakten und Gerichtsentscheidungen findet: den Zusammenstoß der Rechenzentrumsindustrie mit den Gemeinden, deren Wasser, Boden und Strom sie braucht.

Die Größenordnungen sind rasch erzählt. In Irland verbrauchen Serverfarmen über 21 Prozent des gesamten Stroms – mehr als sämtliche städtischen Haushalte zusammen. In Frankfurt, wo sich die Branche um den Internetknoten DE-CIX ballt, verbannte die Stadt Neubauten nach Protesten unter anderem des BUND in ausgewiesene Gewerbezone. Im nordnorwegischen Narvik wies der regionale Netzbetreiber nach der Genehmigung eines KI-Großprojekts einem einzigen kommerziellen Standort knapp ein Drittel des verfügbaren Stroms zu; anderen Betrieben der Region wird seither beschieden, es sei keine Netzkapazität mehr da. Branchenschätzungen zufolge investieren die Hyperscaler – Amazon, Microsoft, Google, Meta – allein 2026 an die 700 Milliarden Dollar, das meiste in Rechenzentren und deren Stromversorgung.

Deine Cloud, mein Fluss

Der Widerstand hat inzwischen eine Geschichte und erste Siege. In Irland zermürbten Umweltkläger und Initiativen wie „Not Here, Not Anywhere“ den Apple-Konzern so lange mit Rechtsmitteln, bis dieser sein 850-Millionen-Euro-Projekt im galwegischen Athenry aufgab – nicht weil er vor Gericht unterlag, sondern weil ihm Verfahrensdauer und Reputationskosten zu hoch wurden; die Regulierungsbehörde CRU beschränkte danach Neuanschlüsse im Großraum Dublin. Im niederländischen Zeewolde brachten Bauern und die Bürgerinitiative Datatruc Metas größtes europäisches Hyperscale-Vorhaben zu Fall: Der Senat in Den Haag blockierte den Verkauf staatlichen Bodens, der Konzern zog im Frühjahr 2022 zurück, die Regierung verhängte ein nationales Moratorium für neue Hyperscale-Zentren. In Luxemburg fror Google sein Milliardenprojekt in Bissen ein, nachdem der Mouvement Écologique und die Landwirte der Gegend vorgerechnet hatten, dass die Anlage dem Papier zufolge rund sieben Prozent des nationalen Trinkwassers verbraucht hätte.

Am deutlichsten spricht der Name einer spanischen Bürgerinitiative: „Tu nube seca mi río“ – deine Cloud trocknet meinen Fluss aus. Gegründet von der Aktivistin Aurora Gómez gegen Metas Projekt im kastilischen Talavera de la Reina: eine Region, in der im Sommer 47 Grad gemessen werden und die Stauseen leer sind – und in der ein Rechenzentrum entstehen soll, das nach konservativen Konzernangaben 665 Millionen Liter Wasser im Jahr benötigt, auf 180 Hektar Land, zu denen geschätzte 400 weitere Hektar für Solarstrom kämen. Umweltverbände wie Ecologistas en Acción und SEO Birdlife verweisen darauf, dass die realen Verbräuche vergleichbarer Anlagen die Konzernangaben regelmäßig übertreffen. Und im schottischen Auchtertool, einem Dorf von rund 250 Einwohnern in Fife, stemmen sich die Anwohner gegen ein 600-Megawatt-Zentrum vor ihrer Haustür, 35 Meter hoch, Auftakt eines geplanten Netzes von drei Hyperscale-Anlagen im Central Belt. Über 1 200 Einsprüche liegen der Planungsbehörde vor; die Vorsitzende des Gemeinderats brachte die Sache auf den Begriff: Ein Kraftwerk dieser Dimension sei keine lokale Planungsangelegenheit, sondern nationale Infrastruktur.

Die Verteilungsfrage

Das Eigentliche des EPSU-Papiers ist die gewerkschaftliche Lesart des Konflikts: Es geht um öffentliche Güter. Dem Papier zufolge verlangt die französische Energiegewerkschaft FNME-CGT, dass der öffentlich erzeugte, kohlenstoffarme Strom zuerst den Haushalten und der Dekarbonisierung der heimischen Industrie zusteht, statt subventioniert an Milliardenkonzerne zu fließen – und sie bekämpft Gesetze, die Rechenzentren zu Projekten von „überragendem nationalem Interesse“ erklären und damit von Umweltprüfungen freistellen. Ver.di wehrt sich demnach dagegen, dass Kommunen ihre IT in die kommerziellen Clouds von Amazon oder Microsoft auslagern – es geht um digitale Souveränität und tarifgebundene öffentliche IT-Arbeitsplätze. Finnland strich den Rechenzentren, nach Kritik der Gewerkschaft JHL an Steuergeschenken für Tech-Konzerne, das Stromsteuerprivileg. Griechische Elektrizitätsgewerkschafter warnen, dass Dauerlasten dieser Größe ein gealtertes Netz in Hitzesommern destabilisieren; schweizerische und österreichische Verbände kämpfen gegen die Verlagerung von Gesundheits- und Verwaltungsdaten in Hyperscale-Clouds. Nicht jede im Papier verzeichnete Beteiligung ist

schon gesichert – die Föderation lässt die Angaben derzeit von ihren Mitgliedern prüfen –, die Stoßrichtung aber ist einheitlich: Wasser, Strom und Daten sind Daseinsvorsorge, keine Verfügungsmasse.

Wo Recht und Protest nicht greifen, greift anderes: Das Papier verzeichnet auch Sabotage. Im September 2025 setzten Unbekannte bei Berlin-Adlershof zwei Hochspannungsmasten in Brand, rund 43 000 Haushalte waren zeitweise ohne Strom; im November 2025 brannte es auf der KI-Baustelle neben dem Equinix-Rechenzentrum in Meudon bei Paris – das Bekennterschreiben zielte weniger auf Ökologie als auf Equinix-Kunden wie Thales, Dassault und Amazon als Teil des militärisch-industriellen Komplexes. Die Gewerkschaften verurteilen diese Aktionen scharf, und zwar aus Arbeitnehmerinteresse: Reparieren müssen kompromittierte Leitungen jene Netztechniker, deren Leben dabei auf dem Spiel steht.

Bleibt Brüssel. Mit der Neufassung der Energieeffizienzrichtlinie schrieb die EU eine zentrale Datenbank vor, die Energie- und Wasserverbrauch jedes einzelnen Rechenzentrums erfassen soll. Nach erfolgreichem Lobbying – Recherchen von Investigate Europe benennen Microsoft und den Verband DigitalEurope – kam eine Vertraulichkeitsklausel in den Text: Erhoben wird alles, veröffentlicht nur das nationale Aggregat, zum Schutz „kommerzieller Interessen“. Rechtswissenschaftler halten das für einen Verstoß gegen die Aarhus-Konvention, die den öffentlichen Zugang zu Umweltdaten garantiert. Die Anlage, die den Fluss trocknet, bleibt namenlos – per Gesetz.

Und Deutschland? Hier verläuft die Front leiser, aber sie verläuft. Allein in der Rhein-Main-Region sollen bis 2030 mehr als 112 neue Rechenzentren entstehen, verteilt über die Kreise Offenbach, Main-Taunus, Groß-Gerau und Main-Kinzig – ob eine Gemeinde die Ansiedlung überhaupt verweigern darf, ist rechtlich ungeklärt; eine koordinierte Bauleitplanung für digitale Infrastruktur fehlt. Der Stromverbrauch der rund zweitausend deutschen Rechenzentren lag 2025 bei 21,3 Milliarden Kilowattstunden und wächst jährlich um fast ein Zehntel. Immerhin: Mit dem Energieeffizienzgesetz von 2023 hatte sich die Bundesrepublik die schärfsten Regeln Europas gegeben – Ökostrompflicht ab 2027, Effizienzgrenzwerte, gestaffelte Abwärmenutzung ab Juli 2026. Doch kaum trat die erste Stufe in Kraft, legte die Bundesregierung im Frühjahr 2026 eine Novelle vor, die die Grenzwerte für Bestandsanlagen lockert, die Abwärmepflichten abschwächt und die Ökostrompflicht um drei Jahre verschiebt. Begründung: Deutschland solle KI-Nation werden; der Digitalminister nannte Rechenzentren im Bundestag „die neuen Raffinerien“. Die Opposition sprach von Greenwashing und kopflosem Ausbau – in Frankfurt und Berlin, so Die Linke, gebe es schon jetzt keine freien Netzanschlüsse mehr. Das Muster ist das europäische: Erst kommt das Gesetz, dann kommt die Lobby, dann kommt die Novelle.

Man kann das Papier der EPSU als das lesen, was es sein will: eine erste Landkarte. Man kann es aber auch als Befund lesen. Der Kampf um die Rechenzentren ist kein Technologiestreit, sondern die Verteilungsfrage des Jahrzehnts: wem Strom, Wasser und Boden gehören, wenn das Kapital sie für seine Maschinen reklamiert. Dänemark hat die Frage im März zum Verwaltungsakt gemacht. Beantwortet ist sie nicht.